15.04.2017 Reutlinger Nachrichten

REUTLINGEN

„Afghanistan neu bewerten"

Bei der Kreismitgliederversammlung der Grünen war Asylpfarrerin Ines Fischer zu Gast um über die Situation der Geflüchteten in Stadt und Landkreis Reutlingen zu berichten. „Die Stimmung unter Geflüchteten als auch unter den ehrenamtlichen Helfern ist auf Grund der bürokratischen Hürden und den drohenden Abschiebungen angespannt", so die betreuende Pfarrerin. Eigentlich sei klar, wie es laufen solle. Ankommen, registrieren, bestmöglich integrieren. Aber so laufe es leider nicht. Die Frage, ob es überhaupt eine Bleibeperspektive gibt, tritt für viele immer mehr in den Vordergrund, da die politische Entscheidung, wer bleiben darf und wer nicht, immer mehr aus innenpolitischen Gründen getroffen werde.

Dabei seien oft Menschen betroffen, die längst hier angekommen seien, arbeiten und Steuern zahlen. Darunter Kinder, die das Land, in das sie abgeschoben werden, gar nicht kennen, das auch nicht ihre Heimat sei. Die Unterscheidung bei Integrationsangeboten zwischen guten und schlechten Bleibeperspektiven wurde grundsätzlich kritisiert. „Wenn Menschen hier ankommen, dann brauchen sie Unterstützungsangebote, unabhängig davon ob sie bleiben können oder nicht", so Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke. Wenn sie nach langer Verfahrensdauer anerkannt werden, dann führe diese Regelung dazu, dass viel Zeit bei der Integration verloren geht. Und wer zurück muss, der könne durch Sprachkenntnisse und neue Fähigkeiten besser in der Heimat starten.

Gleichzeitig würden Zuschüsse für die dringend benötigte Sprachkurse sowie Sozialarbeiterstellen zurückgefahren und Familienzusammenführungen erschwert. Leidtragend seien die Frauen und Kinder, die im Zuge des Familiennachzuges mit einem Visum nach Deutschland kommen dürften, denn für sie gibt es keine offiziell vorgesehene sozialarbeiterische Betreuung. „Das übernehmen die Ehrenamtlichen", kritisiert Frau Fischer.

Abschiebungen nach Afghanistan hält Ines Fischer für unverantwortbar, und forderte die Landes- und Bundes-Grünen auf, sich an ihre politischen Grundsätze zu erinnern, statt den Forderungen der Populisten zu folgen. Vor diesem Hintergrund stellten Cindy Holmberg und Ana Sauter ein Positionspapier des Kreisvorstandes vor. Nach den vorangegangenen Berichten gab es keinen Zweifel, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, die Sicherheitslage in Afghanistan neu zu bewerten und die Abschiebungen endlich zu stoppen. Ebenso fordern die Kreisgrünen die Landesregierung auf, nach ihren Möglichkeiten Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen.